

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bremer Beteiligung an Frontex-Einsätzen

Das Recherchezentrum „Correctiv“ hat Mängelberichte der Grundrechtsbeauftragten der Europäischen Grenz- und Küstenschutzwache (Frontex) veröffentlicht. Die Berichte belegen massive Menschenrechtsverletzungen durch nationale Grenzbeamte unter anderem aus Bulgarien, Ungarn und Griechenland, vor denen Frontex die Augen verschließe. Darüber hinaus kritisiert die Grundrechtsbeauftragte, dass Frontex bei Abschiebeflügen selbst Menschenrechtsstandards missachte.

Nach Angaben der Bundesregierung haben in den Jahren 2016, 2017 und 2018 jeweils auch mehrere Einsatzkräfte der Bremer Polizei an Frontex-Operationen teilgenommen (Bundestags-Drucksache 19/12151).

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Beamtinnen und Beamte der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven wurden in den letzten fünf Jahren in welche Mitgliedstaaten der EU entsandt (bitte nach Jahr und Mitgliedstaat aufschlüsseln)?
2. An welcher Art Operationen von Frontex haben die bremischen Einsatzkräfte teilgenommen?
3. Waren dem Senat die Vorwürfe bekannt, wonach Menschenrechtsverletzungen bei Einsätzen von Frontex mindestens geduldet werden?
4. Inwieweit gab es Hinweise seitens der entsandten bremischen Polizeikräfte auf die vorgeworfenen Menschenrechtsverletzungen?
5. Welche Konsequenzen zieht der Senat in Bezug auf die Entsendung bremischer Polizeikräfte zu Grenzschutzeinsätzen von Frontex, falls sich die Vorwürfe erhärten?

Dr. Henrike Müller, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen